



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 13.11.2024 – Auszug aus Drucksache 19/4055 –**

### **Frage Nummer 7**

#### **mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordnete  
**Ursula  
Sowa**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Vor dem Hintergrund des zum 31.12.2025 endenden Nutzungsvertrags für die Immobilie des Ankerzentrums Bamberg frage ich die Staatsregierung, welche alternativen Standorte innerhalb Oberfrankens (außerhalb Bambergs) seitens des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration inzwischen identifiziert wurden, wie die Unterbringungsquote an den neuen Standorten zum 01.01.2026 aussieht und ob damit der Ersatz des Ankerzentrums Bamberg zum 01.01.2026 gewährleistet ist?

### **Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

In der Stadtratssitzung vom 16.10.2024 hat der Bamberger Stadtrat seine Grundvorstellung beschlossen, wie es mit der Asylunterbringung in Bamberg nach 2025 weitergehen soll. Dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) ist bekannt, dass hierzu auch die Forderung gehört, die ANKER-Einrichtung in Bamberg zu schließen.

Eine Liegenschaft in Oberfranken, die den ANKER in Bamberg Eins-zu-Eins ersetzen könnte, ist weder dem StMI noch der für den ANKER zuständigen Regierung von Oberfranken bekannt. Dementsprechend kann auch keine (fiktive) Erfüllungsquote nach der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) für etwaige Ersatzstandorte dargestellt werden. Für die Stadt Bamberg würde ein Ende des jetzigen ANKER-Standorts allerdings bedeuten, dass rund 1 000 Plätze in dezentralen Asylunterkünften im Bamberger Stadtgebiet geschaffen werden müssten, damit die Stadt Bamberg ihre Quote im Sinne der DVAsyl erfüllt.

Das StMI ist gerne zum Gespräch über konkrete, bezahlbare Vorschläge der Stadt Bamberg bereit und weiterhin im Dialog, wie eine für die Stadt Bamberg wie auch den Freistaat tragbare Lösung gefunden werden kann. Die Gespräche zwischen dem Freistaat und der Stadt Bamberg dauern derzeit noch an.